

Seidensticker, Holger Matthias

Institutioneller Wandel im Transformationsprozess Südosteuropas – Vom „autoritären Regime“ zum demokratischen Rechtsstaat. Die Auswirkungen der EU-policy auf den Integrationsprozess Rumäniens und Bulgariens

Das Maastrichter-, Amsterdamer- und Nizza-Primärvertragsrecht führt die beständige Erweiterungs- und Vertiefungspolitik der EU in Richtung Osten fort.

Während in der zu behandelnden Thematik Rumänien und Bulgarien nähere Aufmerksamkeit gewidmet wird, ist der gesamte osteuropäische Raum für die Transformationsforschung von Interesse, da die Übergänge der osteuropäischen Länder zu demokratischen Rechtsstaaten von doppelten Transformationen im Sinne von Systemwechseln und Systemwandeln geprägt sind. Wie schon bei den MOE-Ländern zeigt sich ebenso bei den Beitrittskandidaten der südosteuropäischen Länder Bulgarien und Rumänien, dass eine erfolgreiche Integrationspolitik die Entwicklung von leistungsfähigen politischen Institutionen voraussetzt.

Mit Blick auf die historische Entwicklung der nunmehr postsozialistischen Länder wird deutlich, dass die Gestaltung institutioneller Rahmen über die sozioökonomischen Entwicklungspfade eines Landes entscheiden. Insofern lässt sich der Verlauf von Demokratisierungsprozessen einerseits am institutionellen Wandel, andererseits an der institutionellen Performance eines Landes erkennen, da Institutionen mit Leitideen auf den Vergesellschaftungsprozess einwirken.

Dennoch sind in der richtliniengeleiteten Gemeinschaftspolitik nachteilige Effekte eingebettet, da die wirtschaftspolitischen Effekte der Osterweiterung der dynamischen Entwicklung der Gemeinschaft nach ein starkes Nord-Süd Gefälle und eine West-Ost-Kluft aufweisen.

Die Ursachen für die oftmals schleppenden Transformationserfolge in den Einzelstaaten lassen sich stark verkürzt 1. auf eine zeitlich bedingte Dimension der Verwaltungs- und Institutionenkapazität und 2. auf die sachliche und soziale Dimension zurückführen.

Ziel des Forschungsvorhabens ist, den von der EU angeregten institutionellen Wandel im Transformationsprozess Südosteuropas – in der Verklammerung von „politics“ und „policy“ – zu untersuchen. Diesbezüglich werden Einflussgrößen und Auswirkungen der demokratischen Modernisierung der Länder als auch die EU-Politikformulierung und Politikkoordinierung im Rahmen und während des Beitrittsprozesses näher beleuchtet, um charakteristische Merkmale gesellschaftlicher Prozesse sowie der Institutionenqualität zu erhalten. Um die Möglichkeit einer fachübergreifenden Diskussion aus der Perspektive der EU zu eröffnen, bietet sich ein interdisziplinärer Forschungsansatz an. Für die Analyse wird analog zum Modernisierungsprozess auf neofunktionalistische, interdependenztheoretische, neoinstitutionalistische und handlungstheoretische Ansätze zurückgegriffen.

Qualitativ setzt sich die Untersuchung zum Ziel, den Integrationsverlauf der Länder Rumänien und Bulgarien deskriptiv zu analysieren. Quantitativ bezieht die Untersuchung deduktive Verfahren des statistischen Vergleichs ein.